



**Rede von  
Minister Herbert Reul  
anlässlich der Regierungserklärung im Innenausschuss  
am 28. September 2017  
in Düsseldorf**

— Es gilt das gesprochene Wort —

Anrede,

wir leben in unsicheren Zeiten. Die Menschen in NRW fühlen sich unsicher und - das ist noch wichtiger - es wachsen die Zweifel daran, ob der Staat, ob die Politik ihre Sicherheit in Zukunft gewährleisten kann. 70 % der Bürgerinnen und Bürger haben Sorgen und Ängste.

Wie verletzlich unsere Gesellschaft geworden ist, führen uns die terroristischen Anschläge auf so genannte weiche Ziele wie in Nizza, Berlin und London sowie jüngst in Barcelona und Cambrils vor Augen. Anschläge, die jeden von uns jederzeit und an jedem Ort treffen können. Seit dem Jahr 2000 gab es in Europa 44 terroristische Anschläge. Sieben Mal war Deutschland die Zielscheibe terroristischer Anschläge. Wir müssen damit leben, dass wir neben Großbritannien und Frankreich ein Hauptziel des internationalen Terrorismus sind.

Das Sicherheitsgefühl der Menschen in Nordrhein-Westfalen wird daneben auch durch die ständig präsente Kriminalität erschüttert. Diese ist trotz zum Teil rückläufiger Tendenzen noch immer sehr hoch: Im letzten Jahr wurden in Nordrhein-Westfalen 1,47 Millionen Straftaten erfasst. Nahezu 50.000 (48.696) Bürgerinnen und Bürger wurden Opfer von Gewalttaten.

Unabhängig von einer Bewertung dieser Zahlen müssen wir die wachsenden Zweifel der Menschen in Nordrhein-Westfalen, inwieweit der Staat ihre Sicherheit in Zukunft gewährleisten kann, sehr ernst nehmen.

Ich gebe hier und heute keine vollmundigen Versprechungen ab. Wir benötigen vielmehr eine große Kraftanstrengung, um die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen schrittweise und konsequent zu verbessern. Mein Ziel ist es, NRW so sicher wie möglich zu machen. Das bedeutet für mich auch konsequentes polizeiliches Handeln zur Verbesserung der Sicherheit. Ich wünsche mir, diesen Weg mit Ihnen als Volksvertretern hier im Parlament gemeinsam zu beschreiten und biete Ihnen eine offene und intensive Zusammenarbeit an. Lassen Sie uns gemeinsam an Lösungen arbeiten und keine Zeit mit unnötigem Streit verlieren.

### **1. Mehr Polizeipräsenz**

Wir haben gegenüber zahlreichen Staaten auf der Welt einen riesigen Vorteil: Wir verfügen in Deutschland über eine Polizei, die rechtsstaatlich handelt, die verhältnismäßig entscheidet und - zu Recht - ein riesiges Vertrauen genießt. Wir haben aus diesem Grund die Einstellungszahlen ab sofort auf 2.300 erhöht und verstetigen sie auf diesem hohen Niveau. Uns ist aber klar, dass dies nicht reichen wird. Daher haben wir nach Wegen gesucht, wie die Polizeipräsenz erhöht werden kann, ohne drei Jahre abwarten zu müssen, die erforderlich sind, um Polizistinnen und Polizisten auszubilden. Daher stellen wir in den nächsten 5 Jahren 2.500 Polizeiverwaltungsassistenten ein-500 pro Jahr. In diesem Jahr wurden bereits 100 Stellen vorab zur Verfügung gestellt.

Polizeibeamte sind die Experten für Sicherheit - die brauchen wir draußen auf der Straße, im Einsatz - dort, wo sie ihr Wissen auch anwenden können. Wo die Menschen sie sehen und auf sie zugehen können. Und nicht am Schreibtisch, bewaffnet mit Maus und Tastatur. Noch verrichten überwiegend Polizeibeamte die Verwaltungsaufgaben - und fehlen dort, wo sie eigentlich gebraucht werden.

Für Verwaltungsarbeit braucht es keine Uniform, keine Dienstwaffe, keine teure Spezialausbildung. Wir wollen, dass Assistenten diese Verwaltungsarbeit im Hintergrund erledigen. Unser Ziel ist es, diese nun schnell einzustellen, um die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte zügig auf die Straße und in die Ermittlungsarbeit zu bringen.

Die Polizeiabteilung wird einen Vorschlag für die Verteilung der im kommenden Jahr noch einzustellenden 400 Polizeiverwaltungsassistenten erarbeiten. Hierbei geht es darum, die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte zu entlasten und nachvollziehbar Präsenz und operative Aufgabenwahrnehmung zu stärken.

Unsere Ziele sind klar definiert:

- mehr Polizei
- Entlastung von Verwaltungsaufgaben
- mehr Präsenz in der Fläche
- verbesserte Ansprechbarkeit
- mehr Sicherheit.

## **2. Zeitgemäße und sichere Ausstattung der Polizei**

Klar ist uns aber auch: Mehr Personal alleine reicht nicht aus. Wir müssen diese Frauen und Männer auch in die Lage versetzen, ihre Arbeit so gut es möglich ist zu erledigen. Dazu braucht es auch eine gute Ausstattung. Auch zum Schutz vor terroristischen Angriffen.

Zum Beispiel Westen, die die ballistischen Pakete der Unterziehschutzwesten aufnehmen können und der Unterbringung von Einsatzmitteln dienen. Ein Trageversuch hat kürzlich gezeigt: Neben dem Schutz steigt der Komfort und damit auch die Akzeptanz. Deshalb werden wir diese Westen einführen.

Wir denken außerdem darüber nach, den Wachdienst mit einem ballistischen Helm auszustatten, der vor einem Beschuss durch Geschosse mit einem Kaliber von 9mm schützen kann sowie einen ausreichenden Splitterschutz bietet. Solche Schutzhelme, die auch bei terroristischen Bedrohungslagen schützen, werden derzeit vom Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) erprobt.

Doch nicht nur die Ausstattung mit Schutzkleidung ist wichtig. Bei den Polizeigebäuden herrschen zum Teil katastrophale Zustände. Der Investitionsstau beträgt etwa 700 Mio. EUR. Wir müssen in den nächsten Jahren Wege finden, hier sukzessive weiterzukommen.

Zur Ausstattung gehört auch die Technik. Das umfasst nicht nur die IT-Ausstattung am Schreibtisch oder unterwegs - Software und Hardware. Dazu zähle ich auch das eigene Rüstzeug - technisches Know-How; das Wissen darüber, wie Straftäter Technik für ihre Zwecke nutzen. Unsere Polizei muss mit den technologischen Entwicklungen Schritt halten. Denn fest steht: Jeder Computer kann Tatmittel sein. Jeder Platz im Internet kann Tatort sein. Cybercrime ist Kriminalität aus der Anonymität heraus, und für die Straftäter ein lohnendes Geschäftsmodell: hoher Schaden mit wenig Aufwand.

Darauf müssen unsere Sicherheitsbehörden reagieren können. Das Kompetenzzentrum beim LKA ist ein Baustein - den gilt es auszubauen und zu verstärken. Gute Konzepte wie MOTIV (Mobile Täter im Visier) oder SKALA (System zur Kriminalitätsanalyse und Lageantizipation = Predictive Policing) des LKA werden wir beibehalten, ausbauen und optimieren.

Wir müssen auch über zeitgemäße Befugnisse nachdenken: Die Gesetzeslage muss ins digitale Zeitalter überführt werden - analoge Instrumente helfen nicht gegen digitale Verbrechen. Hier müssen wir für Waffengleichheit sorgen - ohne dabei Datenschutz zu vernachlässigen.

Technik spielt aber nicht erst bei der Verfolgung, sondern schon beim Aufnehmen einer Anzeige, beim Bearbeiten eines Vorgangs, in allen Arbeitsschritten, eine Rolle. Wer hier nicht mit der Zeit geht, wer im digitalen Zeitalter noch analog denkt, der bremst Kollegen und Vorgesetzte aus.

Das Know-how muss schon ganz früh vermittelt werden - am besten bereits in der Ausbildung, aber auch mit umfassenden Fortbildungen. Aber auch durch frisches Blut, durch den Sachverstand von IT-Fachkräften, wollen wir hier besser werden. Im diesem Zuge müssen wir die Kapazitäten zum Speichern und Auswerten von Massendaten und Big-Data ausbauen. Dazu müssen wir auch entsprechende Soft-/Hardware für Video-, Bild- und Textdateien anschaffen.

Wichtig ist mir auch die Ausstattung mit mobilen Endgeräten - wenn wir mehr Polizei auf die Straße bringen wollen, dann müssen wir ihnen auch vor Ort die notwendigen polizeilichen Anwendungen an die Hand geben.

### **3. Bekämpfung von Extremismus**

Ich habe eingangs bereits die Bekämpfung des Terrorismus angesprochen. Das ist eine Herausforderung, die uns auf längere Zeit beschäftigen wird. Unser wichtigstes Ziel ist es, gewaltbereite Extremisten frühzeitig zu identifizieren und ihre Netzwerke zu zerschlagen, damit terroristische Anschläge verhindert werden. Wir wollen erreichen, dass die Sicherheitsbehörden Gefährder stärker als bisher in den Blick nehmen und auch dort behalten. Sofern dazu gesetzliche Befugnisse erweitert werden müssen, werden wir diese Änderungen initiieren bzw. begleiten und unterstützen. Wo Verbote von terroristischen Vereinen und Organisationen bzw. Nachfolgeorganisationen rechtlich möglich sind, müssen diese rechtssicher vorbereitet und durchgesetzt werden.

Aber wir wollen nicht erst ansetzen, wenn es bereits zu spät ist - oftmals haben wir die Möglichkeit, früher gegenzusteuern. Bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität ist das gelungen, da hat das Projekt „Kurve Kriegen“ vieles beigetragen. Deshalb halten wir daran fest.

Diesen Aspekt des frühen Eingreifens, der Prävention - den wollen wir auch beim Extremismus aufgreifen. Gerade, um junge Menschen vor einer Radikalisierung zu schützen und sie dafür zu sensibilisieren, Anwerbeversuche und ideologische Propaganda frühzeitig zu erkennen. Das Programm „Wegweiser“ wollen wir deshalb weiter ausbauen. Wir nehmen - neben dem islamistischen Extremismus - alle extremistischen Tendenzen in den Blick. Dazu gehört auch die Gefahr durch Rechts- und Linksextremismus.

Wir wollen die Menschen besser und früher auf Gefahren hinweisen. Wir wollen sie mit Aufklärung und Präventionsprogrammen vor einem Abdriften auch in diese Szene schützen.

Die Zeiten, in denen diese Gefahren geleugnet oder verharmlost wurden, sind vorbei. Spätestens seit den Ausschreitungen im Rahmen des G-20-Gipfels muss jedem klar sein: Das hat mit Versammlungsfreiheit oder freier Meinungsäußerung nichts mehr zu tun. Was da passiert ist, diese Gewalt gegen Menschen, gerade gegen die Polizei, aber auch gegen Sachen, war kriminelles Verhalten, war gewalttätiges Verhalten.

Wir wollen die Menschen insgesamt besser und früher auf Gefahren aus allen extremistischen und radikalen Richtungen hinweisen. Wir wollen sie mit Aufklärung und Präventionsprogrammen vor einem Abdriften auch in diese Szene schützen. Für Menschen, die bereits fest in einer extremistischen Szene verankert sind, bieten wir eine Ausstiegshilfe - im Linksextremismus wollen wir mit Ausstiegsangeboten Neuland betreten.

Gegenüber sog. „Reichsbürgern“ werden wir gezielt vorgehen, Straftäter bekämpfen, erkannte Reichsbürger von einer Tätigkeit im Öffentlichen Dienst ausschließen und die Waffenerlaubnisse entziehen. Mir ist an dieser Stelle wichtig, dass wir auf all diesen Feldern den Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft suchen. Dass wir gute und wichtige Initiativen unterstützen, die unsere Demokratie und ihre Werte fördern.

#### **4. Neue Ermittlungsinstrumente und Befugnisse**

Wir wollen, dass unsere Sicherheitsbehörden konsequent und zügig das Entstehen von Straftaten verhindern, unterbinden und bekämpfen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sollen dabei ausgeschöpft werden. An Stellen, wo diese Befugnisse nicht ausreichen, werden wir Gesetzesänderungen prüfen, einbringen oder - z.B. auf Bundesebene - unterstützen und begleiten.

Mir ist wichtig, dass wir dabei den Schulterschluss mit Justiz suchen, denn viele Befugnisse für Kriminalbeamte und Ermittler ergeben sich aus StPO.

Das gilt z.B. für die Erweiterung der Auswertung von DNA-Spuren. Da sind sich viele Innen- und Justizminister bundesweit einig („DNA lügt nicht“).

Zum Schutz gegen die Gefahren des islamistischen Terrorismus werden wir unserer Polizei geeignete Ermittlungsinstrumente und Befugnisse an die Hand geben. Wir planen dazu eine umfassende Anpassung des Polizeigesetzes NRW, u.a. mit folgenden Punkten:

- die Einführung der elektronischen Fußfessel
- die Einführung der automatisierten Kennzeichenerfassung,
- der Einsatz von Störsendern und
- die Telekommunikationsüberwachung zur Gefahrenabwehr.
- Zudem die Schaffung einer gesetzlichen Grundlagen für die strategische Fahndung und
- die Ausweitung der Videobeobachtung

## **5. Verbesserung der Zusammenarbeit mit EU-Mitgliedsstaaten**

Wir brauchen ein gemeinsames Vorgehen von Europa - beim Kampf gegen den Terror, aber auch allgemein zur Bekämpfung der Kriminalität. Der Ministerpräsident hat mit seinem Besuch in den Niederlanden bereits erste Zeichen gesetzt. Wir haben dabei gute Ergebnisse erzielt,

Wir brauchen einen schnelleren und umfassenderen Informationsaustausch - damit können wir es Tatverdächtigen und Gefährdern schwerer machen. Gerade dann, wenn sie sich in mehreren Staaten unterschiedlicher Identitäten bedienen, um Herkunft, Reisewege und Absichten zu verschleiern. Wir wollen deshalb die Direktkommunikation mit polizeilichen Stellen der EU-Mitgliedstaaten ausweiten. Die Europol-Anwendung SIENA soll zum Standard polizeilicher Arbeit werden, nicht nur beim LKA, sondern auch in den Kreispolizeibehörden des Landes. Wir wollen den Austausch von Kontaktbeamten der EU-Mitgliedsstaaten und außereuropäischen Staaten verbessern. Das trägt zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus und anderer Formen schwerer Kriminalität bei. Übrigens auch bei der Bekämpfung der Eigentumskriminalität.

Trotz einer aktuell positiven Entwicklung der Fallzahlen, z.B. im Bereich Taschendiebstahl und Wohnungseinbruchdiebstahl, dürfen die Anstrengungen der Polizei hier nicht nachlassen. Wir werden insbesondere darauf hinwirken, die grenzüberschreitende Kriminalität stärker als bisher zu bekämpfen. Dazu werden wir sowohl die grenznahen Regionen mehr in den Fokus nehmen als auch die internationale Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten verbessern.

Ich betone es nochmal: Kooperationen zwischen den Ländern, mit dem Bund und unseren europäischen Partnern müssen wir einrichten und pflegen. Die „Aachener Erklärung“ war ein Anfang - jetzt muss sie mit Leben gefüllt werden.

## **6. Kooperationen/Brücke zur Zivilgesellschaft**

Ich will nochmal zurückkommen zum Anfang, zu den Menschen da draußen, zu unseren Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen ihre Sorgen ernst nehmen. Ihre Ängste abbauen. Wir wollen aus Wutbürgern Mutbürger machen. Uns ist es wichtig, die Menschen mit ihren guten Ideen und ihrem Sachverstand, in unser Handeln miteinbeziehen. Die Bereiche Wohnungseinbrüche und Taschendiebstahl sind gute Beispiele dafür, dass ein intensives Mitwirken der Bürgerschaft helfen kann, die Zahlen zu senken.

Es sind bereits viele Brücken zwischen dem Staat und seinen Bürgern gebaut worden. Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei und Kommune gibt es viele - die wollen wir weiter ausbauen, fördern und die Beteiligten besser vernetzen.

Wir werden auch die Zusammenarbeit zwischen dem Verfassungsschutz und den Kommunen weiter stärken: Das Projekt „Kommunen gegen Extremismus“ werden wir ausbauen und durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und feste Ansprechpartner den Extremismus vor Ort weiter bekämpfen. Gerade das Projekt „Wegweiser“ zeigt, wie wir auch Partner aus der Zivilgesellschaft - Vereine, Sozialverbände, Gemeinden - sinnvoll in gute Konzepte einbinden können.

## **7. Respekt**

In diesem Land sind es viele Menschen - Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehr und Rettungskräfte, Beschäftigte im öffentlichen Dienst im Land und in den Kommunen - die jeden Tag ihren Beitrag leisten, um dieses Land sicher und damit lebenswert zu machen. Dafür bin ich äußerst dankbar! Diese Leistungen müssen wir anerkennen und damit auch den Respekt, den diese Menschen verdienen, fördern. Ein Mangel an Respekt führt immer zur Verrohung und letztlich zu mehr Gewalt. Ich bin nicht bereit, dies hinzunehmen.

Ein wichtiges Signal für mehr Respekt ist die Abschaffung der im Jahre 2016 eingeführten Kennzeichnungspflicht. Diese wurde von den betroffenen Polizeivollzugsbeamtinnen und - beamten zu Recht als Zeichen amtlichen Misstrauens ihnen gegenüber gewertet. Sie war auch nicht erforderlich.

## 8

Ausdruck unseres Respekts ist es auch, gute Polizeiarbeit zu loben und den Beamtinnen und Beamten nach schwierigen Einsätzen zu danken. Mir war es persönlich wichtig, das nach dem G-20-Gipfel zu tun. Allen 2.200 in Hamburg eingesetzten Polizisten aus NRW drei Tage Sonderurlaub zu gewähren, war deshalb keine schwierige, sondern eine logische Entscheidung. Auch solche Gesten sind Zeichen der Anerkennung und des Respekts.

Ein weiterer Punkt ist, dass Mehrarbeit bezahlt werden muss. Hierfür habe ich im Nachtragshaushalt 10 Mio. Euro vorgesehen und mit einem persönlichen Schreiben an die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten dafür geworben, sich Mehrarbeit auszahlen zu lassen.

Insgesamt wollen wir für den öffentlichen Dienst eine Attraktivitätsoffensive starten - denn wir brauchen, die klügsten, fähigsten und motiviertesten Menschen. Dazu zählen gute Arbeitsbedingungen, faire Aufstiegschancen. Ich setze sehr darauf, dass wir bei diesem Thema einen Konsens finden können und sachlich darüber sprechen können, wie wir gemeinsam zu mehr Respekt beitragen können - mit Wort und mit Tat. Ich möchte gemeinsam mit Ihnen eine Welle der Unterstützung initiieren.

Das waren einige der Herausforderungen und Aufgaben vor denen wir stehen, um die Sicherheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Diese Aufgabe kann man nicht mit flotten Sprüchen oder Zauberei bewältigen. Ich habe mich für ein pragmatisches Vorgehen, für die Methode der sachgerechten schrittweisen Problemlösung entschieden.

Ich biete Ihnen an, daran mitzuarbeiten, - konstruktiv, ruhig und an der Sache orientiert.

Es lohnt sich.

Herzlichen Dank!